NETZWERK CUBA
– informationsbüro – e.V.
Solidarität mit Cuba

Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin
Tel.: +49 (0)30-24 00 93 38
E-Mail: info@netzwerk-cuba.de
Internet: www.netzwerk-cuba.org
www.facebook.com/RedCubaAlemania
DE28 4306 0967 1206 4415 00
BIC: GENODEM1GLS

Pressemitteilung des Vorstands

Kuba gewinnt bei UN-Abstimmung gegen die USA mit 130 : 17

Die Weltgemeinschaft fordert von der US-Regierung die Beendigung ihrer völkerrechtverletzenden Blockadepolitik gegen Kuba. Die übergroße Mehrheit der Botschafter in der UN-Generalversammlung kritisierte die US-Regierung, weil sie sämtliche Treibstoffe und viele Hilfsgüter durch Druck auf Firmen und Staaten und sogar durch gewaltsames Kapern von Schiffen verhindern. Über 7.000 Container mit wichtigen Hilfslieferungen lagern noch in Häfen der Karibik und werden nicht nach Kuba geliefert.

In 35 Statements prangerten verschiedene Staaten und ganze Staatengruppen, wie ASEAN, an, dass die USA seit 65 Jahren einen illegalen Wirtschaftskrieg gegen das Nachbarland Kuba verüben und dass sie seit 34 Jahren die eindeutigen Forderungen der Weltgemeinschaft nach Beendigung dieser Regelverletzungen missachten und ihre Aggressionen gegen Kuba sogar noch verschärft haben.

Die Staatengemeinschaft wies nachdrücklich auf das Leid und die Entbehrungen hin, denen die Bevölkerung Kubas derzeit ausgesetzt sei, die von der US-Blockade verursacht bzw. verschärft würden. Mehrere Staaten verlangten, dass eine bloß verbale und symbolische Unterstützung Kubas nicht ausreiche, sondern dass praktische Hilfe dringend notwendig sei.

Für die neue Resolution, die von den USA ein Ende der Blockadepolitik fordert, votierten 130 Staaten und dagegen 17 Staaten, darunter die USA sowie mehrere von ihr abhängige Staaten. 25 Staaten enthielten sich der Stimme und erstmals enthielt sich die deutsche Bundesregierung, votierte also nicht gegen die verbrecherische und barbarische US-Blockadepolitik. Während eine große Mehrheit die Einhaltung der Prinzipien der UN-Charta forderte, toleriert also die Bundesrepublik die Aushungerung Kubas durch das Trump-Rubio-Regime. Sowohl Merz als auch Wadephul beugten sich dem mafiösen Druck, den die US-Regierung in den letzten Monaten noch vehementer als je zuvor auf andere Regierungen ausübten. Sie forderten, diesmal nicht wieder für die Resolution zu stimmen, sondern dagegen oder sich zu enthalten. Der Vorstand des Netzwerk Cuba kritisiert dies nachdrücklich: *„Offenbar haben Völkerrecht und UN-Charta keine so hohe Bedeutung für die deutsche Außenpolitik, wie der Gleichschritt mit der imperialistischen und aggressiven Außenpolitik des Trump-Rubio-Regimes! Das ist ein Skandal.“*

Die Bundesregierung folgte brav dem Trick der US-Politik. Denn bei der Abstimmung sollte ja nicht über die Regierungsführung des souveränen Staates Kuba abgestimmt werden, wie Waltz suggerierte, sondern darüber, ob die aggressive US-Blockadepolitik internationales Recht und zivilisierte Prinzipien verletzt und beendet werden müsse. Das ist der Fall. Merz und Wadephul gingen Trump und Rubio auf den Leim und verletzen UN-Charta, Völkerrecht, Menschenrechte und Multilateralismus.

Weitere Informationen: 0157-8242 1146